

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926**

22 (27.1.1926)

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen.  
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadt-  
bereich monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt  
10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 8  
Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101



Anzeigenberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile  
8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigen-  
annahme tags zuvor nach 4 Uhr, für dringliche Familien-  
anzeigen am Erscheinungstag 10 Uhr vorm. Für Platzwer-  
schriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-  
nommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezogener  
keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung

Nr. 22

Mittwoch, den 27. Januar 1926

96 Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

Das Programm der neuen Reichsregierung hat keinerlei Ueberraschungen gebracht. Die Regierungserklärung wurde von Links- und Rechtsradikalen mit förenden Zwischenrufen, in der Mitte mit Beifall aufgenommen.

Eine Savasmeldung betont wieder einmal, daß Deutschland die Entwaffnungsbedingungen nicht erfüllt habe. Ein Bericht des Generals Walsh von der Berliner Kontrollkommission gab den Anlaß.

Reichsminister Dr. Luthner will am Freitag mit den Handelsvertretern über das Preisabhanggesetz verhandeln.

Der drohende kriegerische Konflikt zwischen Rußland und China wurde durch einen Vergleich beigelegt.

Mussolini hat einem französischen Pressedirektor erklärt, Frankreich und Italien müßten einen festen Block gegen die deutsche Gefahr bilden.

## Die Regierungserklärung

Bei vollem Haus fand am Dienstag um 2 Uhr im Reichstag die Vorstellung der neuen Reichsregierung und die Bekanntgabe der Regierungserklärung durch Reichsminister Dr. Luthner statt. Er führte, anfangs durch Zurufe der Kommunisten gestört, in wesentlichen aus:

Die jetzt dem Reichstag vorgelegte Reichsregierung ist gemäß einem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten gebildet worden. Um ein parlamentarisch gestütztes, wenn auch nimmer von einer Minderheit der Reichstages getragene Reichsregiment zu Stande zu bringen, haben sich die Fraktionen des Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei und der Bayer. Volkspartei zu einer Koalitionsregierung in der Mitte zusammengeschlossen. Es wird Sache des Hauses sein darüber zu entscheiden, ob es der Aufnahme der jüdischen Arbeit durch die Minderheitsregierung die Vertrauensgrundlage geben will. Schon am 19. Januar 1925, als ich im hohen Hause eine Minderheitsregierung vorstellte, habe ich um die Mithilfe auch der außerhalb der Regierung lebenden Parteien nachgesucht, die in fruchtbarer Zusammenarbeit praktische Mitarbeit leisten wollten. Die Regierung, die ich heute vorzustellen berufen bin, ist als Minderheitsregierung auf die Mithilfe nicht nur der Regierung gebührender Parteien grundsätzlich angewiesen. Sie erbittet diese Mithilfe, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer wirtschaftlichen Krise von höchstem Ausmaß die Geschäfte des Reiches sachgemäß und zum Nutzen des Volkes führen kann. In der Außenpolitik wird der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. Dezember 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. Nov. 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Entscheidung der Reichsregierung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Die jetzt zu entscheidende geschäftsführende Reichsregierung hat gemäß der Einleitung des Reichstages vom 27. Nov. 1925 unablässig an der weiteren Ausarbeitung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insbesondere zugunsten des besetzten Gebietes. Ich nehme an, daß die bevorstehende Beratung des Haushaltsplans des Auswärtigen Amtes zu eingehender Aussprache überhaupst Gelegenheit geben wird. Meinezeit möchte ich heute nur auf eine Frage hinweisen, die zur Zeit im Mittelpunkt der Erörterung steht. Das ist die Frage der Besatzungszustände in der zweiten und dritten Zone. Hierüber hat die dem hohen Hause bekannte Note der Völkerbundkonferenz vom 14. Nov. 1925 vorgelesen, daß eine fühlbare Ermäßigung der Truppenzahl eintreten soll und zwar so, daß die künftige Besatzungszustände sich den Normalverhältnissen nähert. Der Vertrag der Normalverhältnisse kann nicht anders aufgestellt werden als gleichbedeutend mit dem Vertrag der deutschen Friedensverhältnisse in den in Betracht kommenden Gebieten, wie seinerzeit in der amtlichen deutschen Veröffentlichung ohne Widerspruch der in der Völkerbundkonferenz vertretenen Mächte herangezogen worden ist. Dem entsprechen die Schritte der deutschen Regierung in dieser Frage. Die Verhandlungen sind über die mit den beteiligten fremden Regierungen in lebhaftem Gange. Die Reichsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß sie ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, auch dem von uns gewünschten Ergebnis führen.

Was die Innenpolitik betrifft, so verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung berufe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Reaktionsentscheidung in Beamtenrecht und Beamtenrecht und zu den Fragen unserer auf der Grundlage der Grundgesetzgebung. Auf dem Gebiet der Schulpolitik wird die Reichsregierung die Lösung anstreben, unter Wahrung der in der Verfassung gewährtesten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Reichsregierung gedenkt, eine Verbesserung unserer Wahlgesetzgebung ernsthaft in Angriff zu nehmen. Die verfassungsrechtliche Auseinandersetzung mit früheren regierenden Familien bedarf einer möglichst baldigen reichsrechtlichen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volk die Ursache eines Volksentscheides ersparen möchte. Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, ganz gleichgültig, ob es sich um die Weiterentwicklung der allgemeinen Reformgedanken, um große, absehbarere oder sonstige Pläne, oder um die laufenden Arbeit handelt, muß von dem Grundgedanken ausgehen, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Minimum herabzusetzen sind. Der feste Wille zu solcher Sparsamkeit, der keine Wankel in härtestem vaterländischen Verantwortungsbewußtsein findet, muß sich, wenn wir einen Ausweg aus der Bedrängnis der Gegenwart finden wollen, nicht nur in der Verwaltung des Reiches, sondern in gleicher Stärke auch

bei den Ländern und Gemeinden auswirken. Die Lage, in der die Reichsregierung die Geschäfte des Reiches übernimmt, ist gekennzeichnet durch eine Wirtschaftskrise von außerordentlichem Ausmaß. Ihre Überwindung ist dringende Aufgabe der Gegenwart. Es bedarf dazu der Ausbeutung aller geistigen und körperlichen Kräfte, der ganzen Arbeitskraft und Sparsamkeit unseres Volkes. Die Regierung ihrerseits wird mit allem Ernst und allem Nachdruck auf finanzwirtschaftlichem und nicht zuletzt sozialpolitischem Gebiet alles tun müssen, was möglich ist, um die Entlastung der Wirtschaft zu fördern und die Not weitestgehend zu lindern. Alle Bemühungen um Verminderung der öffentlichen Ausgaben finden auch bei größter Beschränkung der Ausgaben ihre Begrenzung in den durch die Beermung unserer Wirtschaft geschaffenen Tatsachen und in den Belastungen, die wir infolge unserer Gesamtlage auf uns nehmen müssen. Gerade deshalb aber ist die Erhebung jedes Uebermaßes an Steuern sorgfältig zu vermeiden und sind Härten nach aller Möglichkeit auszugleichen, damit die Gesamtbelastung wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht ist. Die Reichsregierung wird demgemäß mit der durch die Lage der Wirtschaft gebotenen Beschleunigung auf der Grundlage des bestehenden Systems sich um den Abbau wirtschaftshemmender und damit preisversteuernder Steuern weiter bemühen, deren Schwere letzten Endes die breite Masse der Bevölkerung trifft. Um auch in diesem Zusammenhang die Eigenverantwortung der Länder und Gemeinden zu fördern, sollen für die Einkommensteuer am 1. April 1927 die Ueberweisungen durch Zuschüsse abgelöst werden. Dabei ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Auge zu behalten, daß die einzelnen steuerlichen Leistungen in einem richtigen Verhältnis zueinander bleiben müssen. Das ungedeckte Ausgaben nicht geleistet werden dürfen und feinerlei Sinngelassen in inflationärer Maßnahmen in Frage kommen kann, ist selbstverständlich.

Die Vereinfachung von öffentlichen Geldern für die Belebung der Wirtschaft ist naturgemäß sehr eng begrenzt und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht überschreiten. Die Reichsregierung möchte mit Beschleunigung die öffentliche und Arbeiterfürsorge in den vollstärken Teilen des Reiches fördern. Die allgemeinen Sicherungslinien sollen hierdurch nicht berührt werden. Für die Förderung des Wohnungsbaus sind die Reichsregierung Beratungen, die mit Vertretern der Landesregierungen kürzlich im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, wertvoll. Namentlich müssen Wege gefunden werden, die nicht abzulassenden Ueberforderung des Hauses zu beugen. Die Reichsregierung hofft, von den Landesregierungen bei der Verwendung der Hausbaukonten in diesen Belangen unterstützt zu werden und bemüht sich überdies besonders um die Erleichterung einzelner, langfristiger Anleiheverträge. Ueberhaupt wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Besserung der Marktlage der Wirtschaft hinarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht billigen und landwirtschaftlichen Kredit.

Die Reichsregierung denkt dabei besonders an die Landwirtschaft, deren Fortschritt sie mit großer Sorge verfolgt. Durch die bereits in der Durchführung begriffene Kreditaktion der Goldkreditbank wird der Landwirtschaft über die Kreditbankkreditanstalt ein beträchtlicher Zwischenkredit alsbald zugeführt werden. Die Regierung ist sich darüber klar, daß mit Kredit allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragsfähig gemacht wird. Maßnahmen zur Beseitigung der allgemeinen Not in der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationsbetrieben werden. Wenn es auch hier, genau wie in anderen Wirtschaftsteilen, ein Allheilmittel nicht gibt, so ist die Reichsregierung doch davon durchdrungen, daß die Erhaltung und Förderung irgend möglich auch die Steigerung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist.

Neben die notwendige Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordernis einer Stärkung der Außenwelt. Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortgesetzt sind, müssen mit dem Ziel geführt werden, zur Befestigung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenverkehrs auf der Welt zu ermöglichen. Hierbei muß in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird. Angehörige der hohen Zölle, die im Ausland vielfach gelten, müssen die deutschen Zölle bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den Gesamtstand der europäischen Zölle möglichst herabzusetzen. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Reichsregierung jeder ernsthaften Absicht einer Annäherung der einzelstaatlichen Wirtschaften durch allgemeine zwischenstaatliche Abmachungen zu verwirklichen, mit aller Kraft fördern. Die Reichsregierung ist weiter bereit, zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergreifender Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigen Wegen erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich aus außergewöhnlichen Entwicklungen der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben und für die einzelnen deutschen Wirtschaftszweige, so besonders für Kohle und Eisen sehr fühlbar geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung.

Soweit die schwere Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die gemeinsamen Kräfte werden, die der Selbstheilung durch die wirtschaftlichen Eigenkräfte noch entgegenstehen. Dabei denkt die Reichsregierung nicht an ein überspanntes Eingreifen der Behörden; sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit vielfach einzelnere Preisregulierung mit Nachdruck fortgesetzt werden muß, um die Wirtschaft von übermäßigen Preisbewegungen zu befreien und dadurch gerade auch die gesunden Kräfte, sowohl der Großwirtschaft wie des gewerblichen Mittelstandes, in ihrer Lebensfähigkeit zu fördern. Besonders wichtig ist die abschließende Verabschiedung eines Gesetzes über die Vereinfachung der

Geschäftsaufsicht. Die Reichsregierung erblickt in der Durchführung von Maßnahmen, die die deutsche Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Ueberforderung befreien, eine unerlässliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bewußt, daß der Erfolg ihrer verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Maßnahmen in vielen Hinsichten sehr wesentlich von der freiwilligen Mitarbeit der Erwerbsstände abhängt. Die juristischere Reichsregierung hat diese Mitarbeit in erheblichem Umfang gefunden. Das neue Kabinett wird in diesem Sinne weiterarbeiten. Es ist bereit, wegen der zu ergreifenden Einzelmaßnahmen auch die im Gange befindlichen gesetzgeberischen Entwürfe mit den Vertretungen der Erwerbsstände erneut zu erörtern. Der unerlässliche Zweck der Preisregulierungsmaßnahmen neben der Gesundung der Wirtschaftslage ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsklassen mit geringem Einkommen.

In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der Sozialpolitik wird die Reichsregierung ein Arbeitergesetz einbringen, das die Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich zusammenfaßt und die Arbeitszeit neu regeln wird. Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebenen Erklärungen aufrecht. Das Inkrafttreten einer international vereinbarten Arbeitszeit in Deutschland muß von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen. Auch das einheitliche Arbeiterrecht bedarf der tatsächlichen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zweck das zurzeit dem Reichsrat vorliegende Arbeitsgerichtsgesetz weiter verarbeiten wird. Die gezielte Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist angesichts der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschleunigung zu betreiben. Vor wenigen Wochen sind die Bedingungen für die Verzinsung und Tilgung der Reichsdarlehen für Notstandsarbeiten an die Kommunen und anderen Verbände wesentlich erleichtert worden. Auch ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten dieser Arbeiten erhöht worden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Kurzarbeiterfrage als dringender Frage des Tages zuwenden und feststellen, ob eine Verringerung der Not der Kurzarbeiter möglich ist unter gleichzeitiger Ausschaltung der wirtschaftlichen Nachteile, die von der Kurzarbeiterunterstützung herfließen werden. Die Regierung hofft bestimmt, daß sich eine solche Lösung finden läßt und dem Reichstage eine entsprechende Vorlage alsbald unterbreitet werden kann.

Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziel der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes nach innen und nach außen praktische Maßnahmen in jüdischer Arbeit zu ergreifen. Lassen Sie uns an die gemeinsame Arbeit am Dienstage jedes Vaterlandes gehen, um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Je entschlossener und geschlossener alle Teile des Volkes diese Arbeit unterstützen, je eher wird Deutschland wieder die Stellung in der Welt erreichen, die der Größe und Wichtigkeit seines Volkes gebührt.

Die Rede des Reichsministers, die gerade eine halbe Stunde dauerte, wurde am Schluß mit dem Beifall der Mitte begrüßt, während von den Kommunisten und auch von den Völkischen Zischen erlöste. Ordnungsrufe erhielten Abg. Köllin, Köhlermann, Scheller und Sedert. Söhnliches Lachen erregte der Passus, in welchem der Reichsminister von der notwendigen Einleitung aller geistigen und körperlichen Kräfte sprach. Die Kommunisten riefen: So seht ihr aus. So seht ihr aus. Bei der Erwähnung der Sozialpolitik riefen sie: Was habt ihr denn bis jetzt getan? Schafft die Lohnsteuer ab! Präsident Lohse mußte sehr oft die Glocke schwingen und unter Androhung härterer Maßnahmen die Kommunisten zur Ruhe auffordern. Als der Reichsminister die Frage der Rüstungsbindungen heraufbeschied rief ein Völkischer: Wo bleiben die Juden? (Heiterkeit.) Als der Reichsminister seine Rede beendet hatte und das Aushören der Kommunisten und Völkischen, sowie der Beifall der Regierungsparteien beendet waren, beantragte Abg. Schalk-Kromberg (Dn.) daß ein deutschnationaler Antrag, der verschiedene Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund enthält, mit der Besprechung der Regierungserklärung verbunden werde.

Unter großer Heiterkeit fanden für diesen Antrag fünfzig in der Regierung nicht beteiligte Parteien auf, sodas er Annahme fand.

Abg. v. Graefe (Völk.) beantragt, daß die Besprechung der Regierungserklärung sofort vorgenommen werde. Gegen Kommunisten und Völkische wird dieser Antrag jedoch abgelehnt und gemäß dem Vorschlag des Präsidenten Lohse beschlossen, die Besprechung der Regierungserklärung am Mittwoch nachmittags 1 Uhr beginnen zu lassen.

## Die Unterfuchung der Marineborgänge

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages wurde Vizeadmiral von Trotha als Auskunftsperson vereidigt und vernommen. Er äußert sich ausführlich über die Urlaubfrage bei der Marine. So schmerzhaft es war, so konnte man selbst manche berechtigten Wünsche nach Urlaub nicht allen erfüllen, da Reichsfinanzen und Böswillige die Urlaubsmöglichkeiten über Gebühr ausgenutzt hatten. Die Vorkünder des Abg. Dittmann müßten dabei in dieser Angelegenheit zurückgewiesen werden und ebenso bezüglich der Härte der Strafen. Die Marinemannschaft war von einem Friedensstande von 75 000 Mann auf 300 000 Mann im Kriege angewachsen. Daraus erklärt sich, daß alle Arrestzellen gefüllt waren. Tatsächlich haben sich die Bestrafungen im Kriege gegenüber der Friedenszeit nicht vermehrt.

Von Trotha geht dann auf die Verpflegungsverhältnisse ein. Auf den einzelnen Schiffen bestand Selbstverpflegung. Bei dem Geld, das für die Verpflegung nutzbar gemacht werden konnte, bestand zwischen Offizieren und Mannschaften anfangs ein Unterschied von 1 Mark 15 Pfennig, der sich nach und nach auf 25 Pfennig vermindert hat. An Brot bekam die Mannschaft weiter





Deutsch-französische Eishockey-Spiele. Am Dienstag fand zum ersten Male seit 1914 ein großes Eishockey-Turnier zwischen einer irischen und einer deutschen Mannschaft statt und am Sonntag wurde die Berliner Schiffschiffahrt und der Eishockey-Club von Chemnitz zusammen. Trotzdem ein wenig Regen fiel, gehörte die Partie von Anfang an zu den spannendsten Spielen. Die Deutschen wurden mit 3:1 Sieger. Den Berlinern wurde ein Becher überreicht, in dem folgende Aufschrift einraviert ist: Eishockey. Wiederaufnahme der seit 1914 eingestellten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich.

44-Stundenwoche für die australischen Seefleute. Die gesetzgebende Versammlung von Neuseeland nahm in dritter Lesung mit 45 gegen 33 Stimmen eine Gesetzesvorlage an, die die 44-Stundenwoche für die Seefleute vorschreibt.

Drei Divisionskommandeure Hesse im Reichswehr. Dem Reichswehr gehören zurzeit 3 Generale mit Namen Hesse an. Der Letzte, Generalleutnant Ernst Hesse, ist seit 1. Jan. 1925 Kommandeur der 5. (Südwestdeutschen) Division in Stuttgart und Befehlshaber im Wehrkreis 5. Sein Bruder, Paul Hesse, ebenfalls Generalleutnant, ist Kommandeur der 3. Kavalleriedivision in Weimar, zu der auch das Reiterregiment 18 in Cannstatt und Ludwigsburg gehört. Ein Vetter dieser beiden ist der auf 1. Februar zum Kommandeur der 3. Division, Berlin und Befehlshaber im Wehrkreis 3 (Brandenburg und Schlesien) ernannte Generalmajor Otto Hesse.

## Neueste Nachrichten.

### Diplomatischer Empfang beim Reichspräsidenten.

T.U. Berlin, 26. Jan. Wie die Telegraphen-Union erfährt, fand am Dienstag abend beim Reichspräsidenten zu Ehren des diplomatischen Korps ein Abendessen statt, an dem u. a. die vier anwesenden fremden Missionsschefs, der Reichschancellor, der Reichsaußenminister und der Reichspräsident mit ihren Damen teilnahmen.

### Handhabung der Straßenpolizei.

Es hat sich in letzter Zeit immer mehr die Unruhe herausgebildet, daß insbesondere jüngere Leute auf der Hauptstraße und an sonstigen Straßenenden in kleineren und größeren Gruppen beieinanderstehen und dadurch den Vorübergehenden den Weg verstopfen.

Es wurde darauf aufmerksam, daß es nach § 2 der Straßenpolizeiverordnung der Stadt Durlach verboten ist, auf den Straßen und Plätzen der Stadt in Gruppen sich aufzuhalten, zusammenzustehen oder arminarmzugehen. Außerdem haben sich Fußgänger bei lebhaftem Verkehr rechts auszuweichen.

Es muß weiter festgestellt werden, daß verschiedene Fuhrwerksbesitzer die Gewohnheit haben, ihre Wagen ohne ortspolizeiliche Erlaubnis über Nacht auf den Straßen stehen zu lassen. Ein derartiger Zustand kann auf die Dauer nicht geduldet werden, zumal hierdurch die Verkehrssicherheit sehr beeinträchtigt ist. Zu wiederholenden haben in Dinkfurt ebenfalls Befragungen an erwarten.

Durlach, den 25. Januar 1926.  
Der Oberbürgermeister.

### Notstandsmaßnahmen für ausgesetzte Erwerbslose

Es ist uns aus Reichsmitteln eine einmalige Zuschuhunterstützung für ausgesetzte Erwerbslose und Anwerfstellte, die bei ihrer Entlassung keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung geltend machen konnten, überwiesen worden.

Die für eine solche Unterstützung in Betracht kommenden Personen, die nur teilweise dem unterzeichneten Amt bekannt sind, werden hiermit aufgefordert, sich am Donnerstag, den 28. und Freitag, den 29. ds. Mts., jeweils vormittags von 9-12 Uhr beim unterzeichneten Amt - Rathaus Zimmer Nr. 13 - zu melden.

Die Gesuchsteller haben hierbei eine Bescheinigung des Arbeitsamts vorzulegen, aus der hervorgeht, von wann bis wann sie Erwerbslosenunterstützung bezogen haben oder (bei Angestellten) aus welchem Grunde sie zur Erwerbslosenunterstützung nicht zugelassen worden sind. Für Arbeiter, die deshalb keine Erwerbslosenunterstützung erhalten, weil sie den § 4 des Erwerbslosengesetzes nicht erfüllen, d. h. für das letzte Jahr nicht den Nachweis einer dreimonatigen versicherungspflichtigen Beschäftigung erbringen können, kommt eine Unterstützung aus diesen Mitteln nicht in Betracht. Gesuche, die nach Ablauf obiger Frist eingehen, haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Durlach, den 26. Januar 1926.  
Städt. Fürsorgeamt.

### Arbeits-Vergabung.

Zur Erstellung von 2 dreiflügeligen Wohnhäusern an der Killesfeldstraße sollen die nachstehenden Arbeiten vergeben werden:

1. Steinhauserarbeiten (Kunststein).
2. Trägerlieferung.
3. Zimmerarbeiten.

Angebote hierauf sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis spätestens Freitag, den 5. Februar 1926, vormittags 10 Uhr,

auf unserem Büro abzugeben, wofür die Bedingungen und Bedingungen zur Einsicht aufzuheben und Angebotsformulare mientgeltlich erhältlich sind.

Durlach, den 26. Januar 1926.  
Städt. Bauamt.

### Farrenversteigerung.



Die Gemeinde Stubberich verfügt am Donnerstag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, einen ca. 20 Stk. schweren Rindsfarren.

Zusammenkunft beim Farrenstall daselbst.  
Der Gemeinderat.

### Ein junges fettes Mastkuhfleisch

das Pfund zu 80 s empfiehlt

Hermann Bull, Metzgerei, Adlerstr. 2.

### Misstrauensvotum der Deutschnationalen gegen die Reichsregierung.

T.U. Berlin, 26. Jan. Nach fünfstündiger Sitzung beschloß am Dienstag die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei morgen ein Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung einzubringen.

### Der Tiroler Landtag für Intervention in Rom.

T.U. Berlin, 27. Jan. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Innsbruck: Eine Obmännerkonferenz des Tiroler Landtages beschloß, das Wiener Auswärtige Amt durch den Landeshauptmann zur Intervention in Rom wegen der italienischen Dekrete über Südtirol zu veranlassen.

### Beifugung Merciers auf Staatskosten.

T.U. Brüssel, 26. Jan. Die Kammer hat nach vorangegangener Debatte und einer Intervention des Außenministers Vandervelde die Kredite zur Beifugung des Kardinals Mercier auf Staatskosten mit 85 gegen 2 Stimmen bewilligt. Der Beschluß der Kammer wurde auch vom Senat mit dem gleichen Abstimmungsresultat angenommen.

### Ein italienischer Dampfer untergegangen.

T.U. Paris, 26. Jan. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der italienische Dampfer „Prinzessin Yolanda“ im Schwarzen Meer untergegangen ist. Das Schicksal der Passagiere und der Besatzung ist unbekannt.

### Russisch-chinesische Entspannung.

T.U. Moskau, 26. Jan. Aus Peking wird gemeldet, daß die russische Gesandtschaft in Peking dem chinesischen Außenministerium mitgeteilt habe, daß nach der Beilegung des Konfliktes die russischen Truppen von der chinesischen Grenze zurückgezogen werden würden.

### Telephonstreik in Warschau.

T.U. Warschau, 26. Jan. Am Dienstag sind die Telephonistinnen wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Der Kern des Unfalls bei der Kleidung ist die Proklamierung irgend einer Idealform als Norm. Die Einheitlichkeit muß fallen. Sie trägt die Schuld, daß Millionen Frauen in einer Kleidform einherwandeln, die sie dem Fluche der Lächerlichkeit aussetzt. Der einzige Weg, mit dem Kleide dem Leben nahekommen, ist die Erfassung gewisser grundlegender Typen der Frauengestalt und Einstellung des Kleidentwurfs auf das wesentliche dieser Typen. Klasse, Lebensstadium und Beruf müssen berücksichtigt werden. Durch solche Schulung geht der langsame Weg zum Eigenkleid, das als Endziel alles Strebens, aller Reform beizubehalten ist. So schreibt E. Lüthmann im Februarheft der Zeitschrift „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“, das neben Aufsätzen von Rechtsanwältin Marie Munk über die elterliche Gewalt der Mutter, einer Studie über Paula Modersohn-Becker, dem literarischen Brief einer Mutter an ihren Sohn, einem Aufsatz über die slowakisch-mährische Hemdtucht von Hans Mülher usw. in vielen Abbildungen wertvolle Anregungen für die Kleidung älterer Damen, jüngerer Frauen, Mädchen und Kinder bringt. Der Verlag G. Braun, Karlsruhe, versendet Probenummern kostenlos. Jährlich 12 Hefte. Preis einzeln Mk. 1.20, im Abonnement Mk. 1.—

### Nutmäßliches Wetter für Donnerstag.

Die Depression im Norden macht sich immer mehr geltend. Unter ihrem Einfluß ist für Donnerstag vielfach bedecktes, auch zu vereinzelt Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Homöopathie „Durlachia“ Allopathie  
(Name pat. gesch.)  
Wohlschmeckende Lebertran-Emulsion für Kinder  
Pepsinwein, Baldrianwein, Eisenwein, Kindernährmittel, Verbandstoffe jeder Art.  
Einhorn-Apotheke Hermann Gartzten.  
Tierarzneimittel Durlach, Marktplatz. Mineralwasser

Städtische Sparkasse Durlach.  
Mündelsichere öffentliche Bankanstalt.  
Reichsbank-Giro-Konto Karlsruhe, Postscheckkonto 1216 Karlsruhe.  
Annahme von Spareinlagen bei bestmöglicher Verzinsung. — Giro-, Scheck- und Konto-Korrentverkehr. — Reisekreditbriefe. — Darlehens- u. Kreditgewährung gegen Sicherheitsleistung auf Hypothek, Bürgschaft u. Unterpfand. — Ankauf von Wechseln, An- und Verkauf, sowie Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren aller Art. — Besorgung von Divisiven. — Auslieferung aller bankmäßigen Geschäfte bei kulanter Bedienung.  
Kassenstunden:  
vorm. 8-1/2 Uhr, nachm. 1/3-1/6 Uhr  
Samstag 8-1 Uhr.  
Die Geschäftsleitung.

Freihändiger Stammholzverkauf.  
Die Gemeinde Langenreinbach verkauft freihändig im Wege öffentlichen Angebots aus dem Gemeindefonds folgendes Stammholz:  
Los 1 Tannen und Fichten 2 Stück IV, 13 V, 65 VI Klasse zusammen 1272 fm  
Los 2 Tannen und Fichten 2 Stück IV, 17 V, 41 VI Klasse zusammen 1068 fm  
Los 3 Tannen und Fichten 2 III, 6 IV, 10 V, 42 VI Klasse zusammen 1396 fm  
Los 4 Tannen und Fichten 12 V, 21 VI Klasse zusammen 682 fm  
Los 5 Tannen und Fichten 1 III, 7 IV, 26 V, 63 VI Klasse zusammen 2034 fm  
Los 6 Tannen und Fichten 1 III, 10 IV, 8 V, 53 VI Klasse zusammen 1596 fm  
Los 7 Fichten 1 III, 4 V, 14 VI KL auf. 872 fm  
Los 8 Fichten 1 IV, 21 V, 27 VI KL auf. 1163 fm  
Los 9 Fichten 2 IV, 32 V, 24 VI KL auf. 1358 fm  
Los 10 Fichten 2 IV, 27 V, 61 VI KL auf. 1864 fm  
Los 11 Fichten 5 IV, 33 V, 51 VI KL auf. 2606 fm  
Los 12 Fichten 2 IV, 39 V, 62 VI KL auf. 2286 fm  
Los 13 Fichten 1 III, 8 V, 37 VI KL auf. 966 fm  
Los 14 Fichten 1 III, 7 IV, 29 V, 60 VI KL und Lärchen 2 V, 12 VI Klasse zusammen 2546 fm  
Angebote sind bis Montag, den 1. Februar ds. J., nachmittags 4 Uhr beim Gemeinderat hier einzureichen.  
Langenreinbach, den 26. Januar 1926.  
Gemeinderat.

Der große Erfolg den unser Bruder Heinrichs Blut- und Nervennahrung erzielt, hat seine Ursache in der allseitigen Zusammenfassung aller zum Blut- und Nervensystem notwendigen Bestandteile. In allen Apotheken u. Drogerien. Bestimmt in der Ehemaligen Hauptstraße.  
Wieder eingetroffen: Prima Stangenkäse hausmacher Leber- u. Griebenwürste E. Fischer Feinkost.

Für 2 Mädchen vom Lande 15 und 18 Jahre wird Stelle gesucht in Privathaus. Angebote unter Nr. 39 an den Verlag.  
Verloren von Aue bis Durlach elektrisches Halteblei schwarz. Abzugeben geg. Belohnung Aue, Bergstr. 22.  
Am Sonntag auf dem Weg zum Tarnberg brauner Kinderpelz verloren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben Grödingenstr. 20.  
Ein bereits noch neues Kokoko-Bosum zu verkaufen Durlach-Aue, Hauptstr. 14 III. r.

Sauptlehrer a. D. Kasber wird am Mittwoch, den 27. ds. Mts., abends 8 Uhr, einen Vortrag über „Spiritismus“ halten (siehe Artikel!)  
Lokal: Schloßkaserne (Mädchenbürgerschule) 2. Stock, Zimmer Nr. 3.

Kranken-Unterstützungsverein Durlach (gegr. 1866).  
Wir bitten unsere geehrten Mitglieder, hier von Kenntnis nehmen zu wollen, daß die Ausstellung von Krankenscheinen nunmehr durch den derzeitigen 1. Vorstand Herrn Karl Mühl, Gartenstr. 49, 1. St., erfolgt.  
Der Vorstand.

Ortskartell Durlach des deutschen Beamtenbundes.  
Am Donnerstag, den 4. Febr. ds. J., abends 8 Uhr, findet im hiesigen Rathausaal die Jahrsversammlung statt mit folgender Tagesordnung:  
1. Jahresbericht des 1. Vorsitzenden.  
2. Jahresbericht des Rechners.  
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.  
4. Berichtsbüchlein.  
Hierzu werden alle Mitglieder einschließlich der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen geziemend eingeladen.  
Der Vorstand.

Tanz-Institut Goldschmidt.  
Kursbeginn für Fortgeschrittene Freitag, den 29. Januar abends 7/8 Uhr.  
Anmeldungen: Hotel „Krone“ oder Waldstraße 57.  
Einzelunterricht jederzeit.  
Gesucht wird auf 1. Febr. für nachmittags fleißiges, ehrliches Mädchen von 15-17 Jahren, das alle Hausarbeit übernimmt in kleinen Haushalt.  
Schriftl. Angebote mit Lohnansprüchen unter Nr. 41 an den Verlag.

Radfahrer-Club „Germania 1892“ Durlach.  
Am Samstag, den 6. Februar 1926, abends 7/8 Uhr findet im Gasthaus zur Blume unsere Generalversammlung statt.  
Tagesordnung:  
Einzelbericht der Vorstandsmitglieder  
Neuwahl des Gesamtvorstandes  
Berichtsbüchlein.  
Anträge sind schriftlich bis spätestens 31. Januar beim Vorstand einzureichen. In Betracht der wichtigen Tagesordnung erwartet dankliches und zahlreiches Erscheinen.  
Der Vorstand.

prima Gefrierfleisch.  
Kaspar Burr, Metzgermeister  
Hauptstraße 20.  
Morgen Donnerstag auf dem Wochenmarkt

Gefrierfleisch  
Emil Schnelder jg.  
Bankhaus STRAUS & CO. KARLSRUHE  
Fernsprech-Anschlüsse für den Fernverkehr Nr. 4901 4902 4903 für den Stadtverkehr: Nr. 39 4431 4432 4433 für die Devisen-Abteilung Nr. 4439

Evangelischer Gottesdienst.  
Durlach: Donnerstag, 28. Jan., abends 8 Uhr: Weihnachtsgottesdienst: Diemer: „Die Weichte“.

Erfolg haben die kleinsten Anzeigen im Durlacher Tageblatt.